Personalmangel auf Rekordniveau an deutschen Flughäfen, Goldpreis auf Jahrestief, Strengere Regulierung von Internetriesen

Personalmangel auf Rekordniveau an deutschen Flughäfen

Derzeit sind die Zustände an vielen deutschen Flughäfen chaotisch: Es gibt lange Wartezeiten, Verspätungen und gestrichene Flüge. Grund dafür ist ein eklatanter Personalmangel: An den Airports in Deutschland ist die Zahl der Beschäftigten zuletzt auf den tiefsten Stand seit mindestens sieben Jahren gesunken. Im April 2022 waren in der Personenbeförderung in der Luftfahrt 6,6 Prozent weniger Menschen beschäftigt als vor einem Jahr, teilte das Statistische Bundesamt auf Grundlage vorläufiger Daten mit. Verglichen mit dem Niveau vor der Coronapandemie im April 2019 waren es sogar 11,3 Prozent weniger. Dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) zufolge fehlen rund 7200 Beschäftigte in der Luftfahrt. Mehr dazu hier. (Spiegel Online)

Goldpreis auf Jahrestief

Zunehmend lastet der aufwertende US-Dollar auf dem Goldpreis. Am Dienstag (05.07.2022) fiel der Preis für die Feinunze (etwa 31,1 Gramm) des Edelmetalls auf den tiefsten Stand in diesem Jahr (2022). Mit 1765 US-Dollar wurde Gold so niedrig gehandelt wie seit Dezember 2021 nicht mehr. Gegenüber dem Vortag (05.07.2022) beliefen sich die Verluste auf rund 42 US-Dollar. Die Währung der Vereinigten Staaten profitiert derzeit

erheblich von der großen Unsicherheit an den Finanzmärkten. Rohstoffe wie Gold werden meist in US-Dollar gehandelt. Daher verteuert ein steigender Dollarkurs den rechnerischen Kaufpreis für Interessenten außerhalb des Dollarraums. Das lastet auf der Nachfrage und damit letztlich auf dem Goldpreis. (Manager Magazin)

Strenge Regulierung von Internetriesen

Das Europäische Parlament hat mit großer Mehrheit eine strengere Regulierung von großen Internetkonzernen wie Google und Amazon beschlossen. Die Abgeordneten billigten am Dienstag (05.07.2022) in Straßburg abschließend das Marktkontrollgesetz (DMA) und das Gesetz über digitale Dienste (DSA). Mit dem Digital Markets Act will die EU wettbewerbsschädliches Verhalten großer Internetfirmen in der Europäischen Union Digital Services unterbinden. Der Act verpflichtet Onlineplattformen unter anderem dazu, verstärkt gegen Hassund Falschnachrichten vorzugehen. Mit dem DSA will die EU besonders die sehr großen Onlinekonzerne mit mehr als 45 Millionen aktiven Nutzerinnen und Nutzern in der EU stärker regulieren. (Welt Online)